

INHALT OKTOBER 2005

SEITE 1

WAS DA SO KOMMEN KANN

Positionen der Parteien zu Rassismus, Migration, Integration, Asyl

KEINE EINZELFÄLLE

Abschiebungshaft von Minderjährigen

ZAHLENWERK

Anteil Jugendlicher ohne abgeschlossene Berufsausbildung zwischen 1996 und 2003

SEITE 2

INTERKULTURELLE ÖFFNUNG ALS GESTALTUNGSAUFGABE

Behörden tagung 2005 in Eisenach

EINGEWEIHT UND GEFEIERT

Neue Räume des Bereichs Migration & Qualifizierung

CUCINA ITALIANA STATT GYROS-PIZZA

Netzwerk fördert italienische Küche und Ausbildung

SEITE 3

DIFFERENZIIERTES UND WIDERSPRÜCHLICHES BILD

Studie zur Lebenssituation türkisch-stämmiger Frauen in Deutschland

FEIERTAGE

SEITE 4

SCHRITTE ZU MEHR CHANCENGLEICHHEIT UND INTEGRATION

Kommentar von Marieluise Beck, Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration

AM LÄNDLE-DEUTSCH GESCHEITERT – FAST

Einbürgerungssosse in Stuttgart

WAS DA SO KOMMEN KANN

Positionen der Parteien zu Rassismus, Migration, Integration, Asyl

Die Bundestagswahlen sind vorbei, der Blick zielt auf die anlaufende Legislaturperiode. Was auf dem Feld der Migrationspolitik geschehen könnte, lässt sich ablesen aus den Positionierungen der im Bundestag vertretenen Parteien im Vorfeld der Wahlen.

Das Referat Migrationspolitik beim DGB-Bundesvorstand hat gemeinsam mit dem Interkulturellen Rat und Pro Asyl die im Bundestag vertretenen Parteien nach ihren Positionen – Vorhaben befragt. Alle Parteien – berichteten die beteiligten Organisationen – haben „umfassend, detailliert und teilweise sehr präzise auf die gestellten Fragen geantwortet“. Dies wird als Hinweis darauf gewertet, dass sich alle der Tragweite des Themas bewusst sind.

Große Übereinstimmung gibt es in der Frage eines Bleiberechts für langjährig Geduldete. SPD, Grüne, FDP und Linkspartei möchten deren Situation durch eine großzügige Bleiberechtsregelung klären. Auch die Union plant, die Praxis der Kettenduldung abzuschaffen bzw. dies „in einer gründlichen Abwägung sorgfältig zu prüfen“.

Alle Parteien unterstreichen die wichtige Rolle der Zivilgesellschaft und des Dialogs zwischen staatlichen Stellen und Nichtregierungsorganisationen im Kampf gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit.

Anders als SPD, Grüne, FDP und Linkspartei legt die Union sich nicht darauf fest, die bestehenden Förderprogramme für zivilgesellschaftliches Engagement gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus weiterzuentwickeln und auszubauen. Stattdessen wird sie nach eigenem Bekunden „alle Förderprogramme, u.a. auch die

besonderen Projekte in den neuen Bundesländern, im Hinblick auf ihre Effizienz und Effektivität auf den Prüfstand“ stellen.

Bei der Frage des Ehegattennachzugs stellt sich die SPD-Fraktion gegen die Pläne von Innenminister Schily, den Ehegattennachzug erst ab dem 21. Lebensjahr und unter Voraussetzung von Sprachkenntnissen zuzulassen. Aus Sicht der Fraktion ist „die Altersgrenze für die Verhinderung von Zwangsehen ungeeignet, da sie lediglich dazu führen wird, dass die betroffenen Partner (regelmäßig Frauen) die entsprechende Zeit im Herkunftsland warten“.

Eine ausführliche Zusammenstellung der Parteien zu den abgefragten Themenfeldern findet sich im Internet unter:

www.migration-online.de/dossier-bt-wahl

KEINE EINZELFÄLLE

Abschiebungshaft von Minderjährigen

Auf Anregung des Forum gegen Rassismus hat das Bundesinnenministerium bei den Ländern abgefragt, wie viele Jugendliche in Abschiebungshaft sitzen und wie lange die Haftdauer durchschnittlich beträgt. Damit liegen erstmals offizielle Daten vor.

Auch wenn einige Länder zum Teil keine Angaben gemacht haben, zei-

gen die Zahlen, dass es sich keinesfalls um Einzelfälle handelt wie es über lange Zeit hieß. In Berlin – trauriger Spitzenreiter der Statistik – waren 2002 146 und in den beiden Folgejahren 108 bzw. 110 Jugendliche in Abschiebungshaft. Bei der durchschnittlichen Höchstdauer der Haft geht es bis 108 Tage (Schleswig-Holstein, 2003).

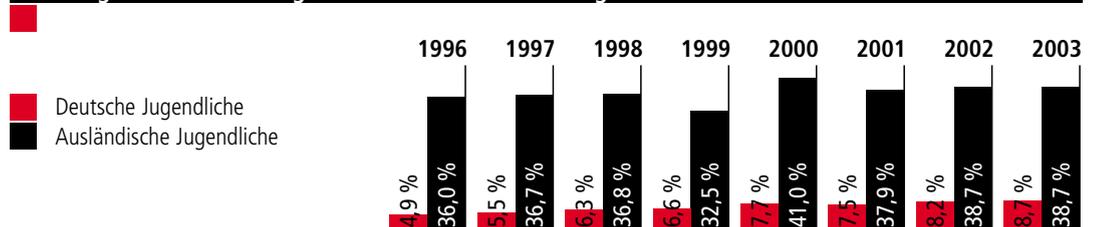
Menschenrechtsorganisationen haben die Praxis der Abschiebungshaft –

gerade auch für traumatisierte und minderjährige Flüchtlinge immer wieder kritisiert. So haben Pro Asyl und der Interkulturelle Rat Ende August in einer Erklärung festgestellt: „Die Abschiebungshaft stellt einen fundamentalen staatlichen Eingriff in das Recht auf persönliche Freiheit dar.“

Die Übersicht der statistischen Angaben über Abschiebungshaft von Minderjährigen steht im Internet unter: www.migration-online.de/daten

ZAHLENWERK

Anteil Jugendlicher ohne abgeschlossene Berufsausbildung zwischen 1996 und 2003



INTERKULTURELLE ÖFFNUNG ALS GESTALTUNGSAUFGABE

Behörden tagung 2005 in Eisenach

„Interkulturelle Öffnung: Visionen – Leitbild – Praxis“ ist der Titel der Behörden tagung 2005 des Bereichs Migration & Qualifizierung, die am 26. und 27. Oktober im thüringischen Eisenach stattfindet.

Für viele öffentliche Verwaltungen ist eine interkulturelle Öffnung gelebter Alltag. Manche blicken bereits auf jahrelange Erfahrung auf diesem Feld zurück, andere stehen erst am Anfang. Dass es zu einer interkulturellen Öffnung keine realistische Alternative gibt, dürfte unbestritten sein. Wie aber sieht die Praxis aus – welche Erfolge und Misserfolge sind zu verzeichnen? Wie wollen und können wir die interkulturelle Zukunft in den Verwaltun-

gen gestalten? Wie wollen wir unsere Visionen verwirklichen?

Auf diese Fragen sucht die Behörden tagung Antworten. Neben theoretischen und praktischen Inputs geht es vor allem um einen Erfahrungsaustausch und Möglichkeiten und Wege zur Entwicklung eines interkulturellen Leitbilds. Optimierungsvorschläge für die Praxis auf Ebenen des Managements, des Personals und der Verwaltungspraxis werden diskutiert.

Informationen und Anmeldung:
DGB Bildungswerk
Migration & Qualifizierung
Dr. Mohammad Heidari
Telefon 02 11/43 01-1 97
migration@dgb-bildungswerk.de
www.migration-online.de/
behoerdentagung



EINGEWEIFT UND GEFEIERT



Seine Sicht der Dinge – Osman Engin bei der Lesung

Neue Räume des Bereichs Migration & Qualifizierung

Binnenmigration nennt man das wohl, was der Bereich Migration & Qualifizierung in den letzten vier Jahren im Düsseldorfer Hans-Böckler-Haus veranstaltet hat. Wer mit den Kolleginnen und Kollegen öfter einmal persönlich zu tun hatte, stellte beim Empfang regelmäßig die Frage: „Und wo sitzt die jetzt?“ Wenn es derselbe Raum wie beim vorigen Mal war, löste das Erstaunen aus. Nun – ganz so schlimm war es nicht, aber fast. Nun hat das Wandern ein Ende, neue

Räumlichkeiten wurden bezogen. Und das wurde gefeiert. Kooperationspartner und Freunde waren am 15. September nach Düsseldorf gekommen, Leute aus den Kirchen, den Gewerkschaften, aus dem Arbeitgeberlager, Vertreter der Bundesregierung und von Verbänden und natürlich Migrantinnen und Migranten aus den Selbstorganisationen.

Sie waren da, um sich auszutauschen, nachzufragen, was wo läuft oder geplant ist und um einer Lesung des Satirikers Osman Engin zuzuhören, der Themen aus dem Migrationsbereich einmal ganz anders beleuchtete.

CUCINA ITALIANA STATT GYROS-PIZZA

Netzwerk fördert italienische Küche und Ausbildung

Die Herausforderung der Tiefkühlregale der Supermärkte ist nicht zu übersehen: Gyros-Pizza oder auch Pizza Hawaii. Das kann nun essen, wem's schmeckt. Was die italienischen Gastronomiebetriebe angeht, bläst das „Netzwerk Gastronomie“ zum Angriff oder besser: zur Verteidigung der „cucina italiana“, der authentischen italienischen Küche. Zu dem Netzwerk zählen verschiedene Organisationen des Hotel- und Gaststättengewerbes, das italienische Generalkonsulat Köln. Die Koordinierung hat Maurizio Libbi vom Projekt Versus des DGB Bildungswerks übernommen.

Als in Deutschland in den sechziger Jahren die ersten italienischen Restaurants entstanden, reichten einige mediterrane Gewürze, um die Deutschen zu Pasta und Rotwein zu locken. Die Qualität erreichte oft kaum, was „La Mamma“ vorgemacht hatte. Das hat sich inzwischen gründlich geändert. Wirklich behaupten können sich – so das Netzwerk – am komplizierter gewordenen Markt nur die Unternehmen, die auf eine solide Ausbildung zurückgreifen können. Hier setzt das Netzwerk an. So werden Möglichkeiten für die berufliche Weiterbildung vermittelt.

Daneben gibt es aber auch den grundlegenden Ansatz, die Wichtigkeit der Berufsausbildung in den Mittelpunkt zu stellen. Das bedeutet einerseits, Gastronomen zu überzeugen, Lehrlinge auszubilden. Das Netzwerk entwickelt dazu Kurse, um die Gastronomen mit Grundlagen zu versorgen, damit sie qualifiziert ausbilden können. Auf der anderen Seite sollen italienische Jugendliche dazu gewonnen werden, eine duale Ausbildung im Hotel- und Gaststättengewerbe aufzunehmen. Dazu wird ein entsprechendes Aktionsprogramm entwickelt, mit dem diese Jugendlichen – übrigens ein ehrgeiziges Ziel, da die Ausbildungsbeteiligung italienischer Jugendlicher sehr gering ist.

Am 9. Oktober um 11.00 Uhr veranstaltet das Netzwerk Gastronomie auf der internationalen Ernährungsmesse ANUGA in Köln eine Podiumsdiskussion zum Thema „Italienische Gastronomie im Wandel“. Ort: Stand des ICE (Istituto per il Commercio Estero – Italienisches Außenhandelsinstitut).

Netzwerk Gastronomie
Koordination: VERSUS
Maurizio Libbi
Eigelstein 75, 50668 Köln
Telefon 02 21/91 39 47-13
Telefax 02 21/91 39 47-14
maurizio.libbi@dgb-bildungswerk.de

DIFFERENZIIERTES UND WIDERSPRÜCHLICHES BILD

Studie zur Lebenssituation türkischstämmiger Frauen in Deutschland

Ende August hat die Stiftung Zentrum für Türkeistudien (ZfT) an der Universität Duisburg-Essen die Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage über die Lebenssituation türkischstämmiger Frauen in Nordrhein-Westfalen veröffentlicht. Es ergibt sich – so ZfT-Direktor Faruk Sen – ein „differenziertes, aber auch widersprüchliches Bild“.

Die familiäre Situation ist durch eine „klassische“ Aufgabenteilung zwischen Männern und Frauen gekennzeichnet: Nur jede fünfte Frau geht einer Vollzeit-Erwerbstätigkeit nach. Unabhängig von der Erwerbstätigkeit sind Frauen mehrheitlich für Haushalt und Kindererziehung zuständig, erwerbstätige Frauen müssen die Doppelbelastung von Beruf und Familie tragen.

Die Mehrheit der türkischstämmigen Hausfrauen würde allerdings gerne einer Erwerbstätigkeit nachgehen, wird aber durch die Unvereinbarkeit von Familie und Beruf daran gehindert.

Auch eine berufliche Ausbildung junger Frauen scheitert häufig daran, dass eine Ausbildung mit der Familiengründung nicht vereinbar ist oder die Familie die jungen Frauen bei ihrem Ausbildungswunsch nicht unterstützt. Mehr als 40 Prozent der jungen Frauen haben keine berufliche Ausbildung absolviert, obwohl ihre Schulbildung und ihre Deutschkenntnisse, wenn sie in Deutschland aufgewachsen sind, besser sind als die der jungen Männer.

Dennoch unterstützt die Hälfte der Frauen und auch der Männer die traditionelle Rollenzuweisung von Frauen als Hausfrau und Mutter nicht. Rund ein Viertel der Männer und ein Fünftel der Frauen halten hingegen am traditionellen Frauenbild fest.

Überraschend ist aus Sicht von Sen der eher geringe Unterschied zwischen Männern und Frauen. Offenbar ist es nicht so, dass den konservativ-traditionellen türkischen Männern die progressiven, modernen Frauen gegenüberstehen. Auch unter den Frau-

en halten einige am traditionellen Bild fest. Umgekehrt stimmt auch unter den Männern ein nicht unerheblicher Teil einem moderneren Frauenbild zumindest der Aussage nach zu. Ebenso erstaunlich: Es ist kein linearer Zusammenhang zum Alter festzustellen. Jüngere Migranten sind nicht automatisch moderner als ältere.

Trotz der geringen Ausbildungsquote unter den jungen Frauen unterstützen nahezu alle Frauen und Männer eine berufliche Ausbildung und eigenes Einkommen für Mädchen und Frauen. Dass die Verfügung über eigenes Geld für Frauen wichtig ist, betonen 94 Prozent der Frauen, aber nur drei Viertel der Männer. Bei diesem Punkt besteht die deutlichste Differenz zwischen der Einschätzung der Männer und der Frauen.

Ein weiteres wichtiges Ergebnis der Studie: Die weit überwiegende Mehrheit der türkischstämmigen Männer und Frauen lehnen familiäre Gewalt gegen Frauen und Kinder ab: Mehr als 90 Prozent der Frauen wie der Männer stimmen der Forderung nach der stär-

keren Ächtung von familiärer Gewalt gegen Frauen und Kinder zu. Dies ist insofern bemerkenswert, als andere Studien zeigen, dass von einem deutlich größeren Maß an innerfamiliärer Gewalt in türkischen Familien im Vergleich zu deutschen auszugehen ist.

Zur Verbesserung der Situation türkischstämmiger Frauen schlägt das ZfT vor, junge Frauen beim Übergang von der Schule in eine Berufsausbildung stärker zu unterstützen. Dabei sollten nicht nur die jungen Frauen selbst, sondern auch ihre Familien einbezogen werden, da nicht mangelndes Interesse, sondern Familiengründung und der Widerstand der Familie die Haupthindernisgründe sind. Dabei kann an die in der Umfrage formulierten, modernen Einstellungen zur Rolle der Frau angeknüpft werden.

Informationen:

Stiftung Zentrum für Türkeistudien (ZfT)
Dirk Halm
Telefon 02 01/31 98-3 02



FEIERTAGE



Die folgenden Feiertage werden von verschiedenen Religionen oder Nationalitäten im Oktober begangen. All jene, die feiern, wünschen wir alles Gute.

04.10. Ramadan (Ramazan)

Der Beginn des Fastenmonats im Islam. In dieser Zeit sollen Muslime tagsüber auf Essen, Trinken, Rauchen und Geschlechtsverkehr verzichten. Stattdessen soll man in sich gehen, sich mit seinen Feinden versöhnen und den Armen etwas spenden. Dadurch wird eine Art symbolische Gleichheit zwischen Arm und Reich angestrebt und zugleich das Nachdenken über den Sinn dieses Gebotes (Verzicht) angeregt.

04.10. Rosh Hashanah

Das jüdische zweitägige Neujahrsfest, eines der höchsten Feste. „Rosh Hashanah“ heißt im Hebräischen Erster oder Kopf des Jahres. Man denkt über die im letzten Jahr gemachten Fehler nach und trifft Entscheidungen für das neue. Es beginnt das Jahr 5766.

12.10. Dasserah

Das hinduistische Fest der Ahnen. Man feiert den Sieg des Gottes Rama über den Dämonen Ravana. In einer Prozession wird der Kampf von jungen Männern nachgespielt.

13.10. Yom Kippur

Der Höhepunkt (Versöhnungsfest) der jüdischen zehntägigen Bußzeit. Es ist der höchste und heiligste Feiertag des jüdischen Jahres, ein strenger Fastentag, der im Gebet in der Synagoge verbracht wird.

18.10. Sukkot

Ursprünglich ein jüdisches Erntefest (Laubhüttenfest). Heute erinnert man an die vierzigjährige Wanderung des Volkes Israel aus Ägypten ins gelobte Land. Damals lebten die Juden in selbstgebauten Hütten und eingedenk dessen soll man jedes Jahr sieben Tage lang in einer Laubhütte wohnen.

25.10. Simchat Thora

(Thorafreudenfest) Wird einen Tag nach „Sukkot“ begangen. In der Synagoge werden Schluss und Anfang der Thora gelesen; so kommt der Jahreszyklus der Lesungen zu einem Abschluss und wird sogleich wieder aufgenommen.

30.10. Lailat Al-Qadr

(Kadir Gecesi) Die islamische Nacht der Offenbarung des Koran. In dieser Nacht wurde Mohammed die erste Offenbarung überbracht. Sie wird mit dem Studieren des Korans und Gebeten gefeiert.

FORUM MIGRATION 10

SCHRITTE ZU MEHR CHANCEN- GLEICHHEIT UND INTEGRATION

KOMMENTAR

Marieluise Beck
Beauftragte der Bundes-
regierung für Migration,
Flüchtlinge und Integration



Ein modernes Staatsangehörigkeitsrecht, ein Zuwanderungsrecht, welches einen staatlichen Integrationsauftrag erstmals gesetzlich verankert, ein verbesserter Schutz von Flüchtlingen und europaweite Regelungen gegen Diskriminierung – dies sind nur einige Stichworte der Bilanz der rot-grünen Migrationspolitik. Nach langen Jahren des Stillstandes ist integrationspolitisch Bewegung in unsere Gesellschaft gekommen. 50 Jahre nach der Anwerbung hat die Politik endlich die Realität unserer Einwanderungsgesellschaft anerkannt.

Trotz der aktuellen Probleme mit dem Verlust der Staatsangehörigkeit – unter dem Strich ist die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts ein Erfolg. In den vergangenen fünf Jahren wurden über eine Million Ausländer zu Bürgerinnen und Bürgern erster Klasse. Kinder ausländischer Eltern wachsen als Inländer mit allen Rechten auf.

Das Zuwanderungsrecht wurde grundlegend reformiert. Mit einem Rechtsanspruch auf Sprachförderung werden die Startchancen für neue Einwanderer in diese Gesellschaft verbessert.

Der Schutz auch vor nichtstaatlicher Verfolgung wurde im Asylrecht endlich verankert. Ein gesetzlicher Schutz gegen ethnische und rassistische Diskriminierungen wurde auf europäischer Ebene verabschiedet. Doch steht die Umsetzung ins deutsche Recht weiterhin aus.

Die Forderungen nach gleichen Bildungschancen für unsere Kinder haben einen zentralen Stellenwert bekommen. Der Ausbau der Frühförderung im Kindergarten und von Ganztagschulen kommt vor allem Kindern aus Migrantenfamilien zugute.

Dies alles sind Schritte zu mehr Chancengleichheit und Integration in unserer Einwanderungsgesellschaft. Denn

Integration ist nicht nur Spracherwerb, sondern immer auch rechtliche Integration, Einbürgerung, politische Partizipation und Schutz vor Diskriminierung. Sie braucht gleiche Rechte und Verständigung auf Augenhöhe und kann nur funktionieren in einer Gesellschaft, die sich öffnet.

Unsere gesellschaftlichen Institutionen wie Kindergärten, Schulen, Ausbildungsstätten, Krankenhäuser und Altersheime müssen mit den Herausforderungen einer Einwanderungsgesellschaft produktiv umgehen und sich interkulturell öffnen.

Denn es besteht kein Grund, sich zurückzulehnen. Angesichts der dramatischen Situation auf dem Arbeits- und Ausbildungsmarkt braucht es massive Anstrengungen, die Lage von Migrantenjugendlichen in Bildung und Ausbildung zu verbessern. Besonders prekär ist die Situation von geduldeten Jugendlichen, da Kettenduldungen weiterhin verbreitet sind.

Ein wirksamer Schutz gegen Diskriminierungen auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt muss endlich umgesetzt werden. Wir stehen erst am Anfang einer Integrationspolitik, die mehr ist als bloße Ausländerpolitik, nämlich Gesellschaftspolitik in der Einwanderungsgesellschaft.

AM LÄNDLE-DEUTSCH GESCHEITERT – FAST

Einbürgerungssposse in Stuttgart

Voraussetzung für eine Einbürgerung ist bekanntlich eine ausreichende Beherrschung der deutschen Sprache. Um diese zu überprüfen, gibt es Sprachtests, die mal so mal so durchgeführt werden. In Stuttgart lud eine Mitarbeiterin des Ordnungsamtes also eine einbürgerungswillige Frau zu

einem persönlichen Gespräch. Die Sprachkenntnisse waren aus Sicht der Sachbearbeiterin nicht ganz ausreichend, berichtete die Amtsleiterin der Stuttgarter Zeitung. Das Gespräch sei „nicht glücklich verlaufen“. Das lässt sich vermuten. Die Bewerberin um die deutsche Staatsbürgerschaft ist nämlich Österreicherin, die bereits ihre Ausbildung in Deutschland absolviert hat und Literaturkreise leitet.

In der Regel – so die Amtsleiterin – müssten Einbürgerungswillige aus deutschsprachigen Ländern keinen Sprachnachweis erbringen. In der Regel heißt eben nicht generell. Und dass der Test beinahe schief gegangen wäre, liegt wohl daran, dass Schwaben nach eigenem Bekunden alles können außer Hochdeutsch. Nur gut, dass die schon einen deutschen Pass haben.

GEFÖRDERT DURCH



Bundesministerium
des Innern



Bundesamt
für Migration
und Flüchtlinge

IMPRESSUM

HERAUSGEBER

DGB Bildungswerk
Vorsitzender: Dietmar Hexel
Geschäftsführer: Dr. Dieter Eich

VERANTWORTLICH

für den Inhalt: Leo Monz

KOORDINATION

Michaela Dälken

REDAKTION

Bernd Mansel
(Medienbüro Arbeitswelt), Berlin

LAYOUT

Gitte Becker

DTP/REINZEICHNUNG

Gerd Spliethoff

DRUCK UND VERTRIEB

WAZ-Druck, Duisburg

ERSCHEINUNGSWEISE

Monatlich

BESTELLADRESSE

PROWERB
Werbe- und Versand-Service GmbH
Huissener Straße 7–9
47533 Kleve
Telefax 0 28 21/72 18-25
E-Mail info@prowerb.de

ZUSCHRIFTEN/KONTAKT

DGB Bildungswerk
Bereich
Migration & Qualifizierung
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf
Telefon 02 11/43 01-1 88
Telefax 02 11/43 01-1 34
migration@dgb-bildungswerk.de
www.migration-online.de